

# Dresdner Nachrichten

Begründet 1856

Druckdruck: Nachrichten Dresden.  
Verlagsnummer: 25 241.  
Preis für Abnehmer: 20 O. 11.

Bezugs-Gebühr vom 15. bis 31. August 1924 bei 14-tägiger Zustellung frei Haus 1.50 Goldmark.  
Anzeigen-Preise: Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet: die einseitige 3/4 zum ersten Tage 30 Pfg., für auswärts 3 Pfg., Samstagsanzeigen und Stellenangebote ohne Rabatt 10 Pfg., außerhalb 20 Pfg., die 90 mm breite Reklamezeile 150 Pfg., außerhalb 200 Pfg., Obergänge 10 Pfg. Zusam. Aufträge gegen Vorzahlung.

Schriftleitung und Hausverwalter:  
Martentstraße 33/40.  
Druck u. Verlag von Neppach & Reichardt in Dresden.  
Postfach - Konto 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit schriftlicher Genehmigung („Dresdner Nachr.“) zulässig. — Unentgeltliche Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

## August Förster • Flügel u. Pianinos

Stammhaus Lößau (Sa.) — Dresden, Waisenhausstr. 8 (Centraltheater-Passage) in höchster Vollendung,  
Kunstspiel-Flügel und Planos sie vereinigen anerkannte Tonschönheit mit unverwüßlicher Solidität

## Was erwartet Deutschland vom Reichstag?

Die bairische Regierung wird sich für Ratifizierung der Londoner Beschlüsse erklären. Deutschnationaler Antrag auf Aufhebung der dritten Steuernotverordnung. — Neue Methoden der Befehung in Erwägung.

### Die schwerste Entscheidung.

Es ist ein bedauerlicher Mangel, daß die inhaltlichsten Worte der deutschen Sprache im Alltagsgebrauch dem Schicksal zunehmender Verwässerung und Verflachung verfallen, so daß ihr eigentlicher Sinn zur rechten Gelegenheit nicht mehr voll erfährt und ausgeschöpft wird. Das gilt in diesen Tagen in ganz besonderem Maße von dem Worte Entscheidung. Als der Dawes-Plan veröffentlicht wurde, stand allenhalben zu lesen, Teutschland befände sich vor der Entscheidung und, kaum nachdem drei Tage der Londoner Konferenz vorüber waren, wurde abermals die Behauptung aufgestellt, die Entscheidung stehe unmittelbar vor der Tür. Nichtig war an diesen Behauptungen ganz zweifellos, daß die umschriebenen Termine Etappen auf dem Wege zur wirklichen, zur letzten und schwersten Entscheidung darstellten. Die bedeutungsvollsten Schritte aber, die uns zum Endpunkt dieses Weges führen sollen, werden erst jetzt getan. Das Kabinett hat sich am Montag und Dienstag mit den Londoner Berichten befaßt und hat ihnen zugestimmt, die Ministerpräsidenten der Länder haben über sie beraten, die Fraktionen haben sich in ihrer Erörterung, und während diese Erwägungen und Stellungnahmen hinter verschlossenen Türen vor sich gehen, nähert sich das Ereignis, dem mit vollem Recht die Bezeichnung Entscheidung zukommt, mit unaufhaltsamen, schicksalsschweren Schritten: die Abstimmung des Reichstages über die Gutachtenfrage und damit die Billigung oder Verwerfung des internationalen Planes und der zu ihm in London gefaßten Beschlüsse überhaupt.

Auf dem Namen einer knappen Abhandlung ist es nicht leicht möglich, die Tragweite dieses Vorans bis in seine letzten Eventualitäten hinein zu charakterisieren. Wenn wieder, wie es traurigerweise das unvermeidlich harte Los des deutschen Volkes so oft notwendig machte, von Schicksal und Zukunft Deutschlands gesprochen werden muß, so müssen diese Ausdrücke diesmal in ihrer ganzen acrmalmenenden Schwere angenommen und verstanden werden. Auf eine Formel gebracht ließe sich die gegenwärtige Situation etwa so umschreiben: in London wurde am Rande der deutschen Schicksalsbewässer, deren allmähliche und widerliche Strömungen alle in ableischarbenem Grau erscheinen, eine Sprungröhre errichtet. In Berlin wird Teutschland von dieser Röhre in die Wälder springen. Wird es die rechte Strömung erfassen, die es einem klarenen Wechsle antreibt, oder wird es draußen im Ocean des Lebens, von unbarmerlichen Wellen zu Tode gepelzt, untergehen? Rein Kanaker und kein Sachverständiger in Deutschland oder anderswo kann diese Kräfte mit letzter Gültigkeit beansworten. Der Sprung ins Unbekannte bleibt uns nicht erspart. Nur eins wäre denkbar, seinen Rollaus zu erleichtern. Es liegt in unserer Hand, bis an die Grenze des Möglichen unsere Kräfte als Volk zusammenzufassen, die inneren Widerstände, so berechtigt, erklärlich, ja vielleicht nützlich sie bei anderen Gelegenheiten sein mögen, diesmal zu überwinden und jenen Sprung, um den wir nicht herum kommen, als ein abgeschlossenes Ganzes anzuführen. Vielleicht gelinzt es der gesammelten Kraft, wenn widerliche Strömungen Gefahr bringen, über diese Gefahr Herr zu werden und die selbstgewaltige heilvolle Richtung erneut zu erlangen.

Wir wollen uns nicht auf dieses Bild, so viel es dem Kenner der politischen Situation sagen mag, beschränken, wir wollen klar und deutlich seine Ruhanwendung auf Deutschlands augenblickliche Lage zu verstehen geben. Von den Parteien, deren Fraktionen im Reichstag mit dem Stimmentakt für Deutschlands Volksgesamtheit den Sprung ins Dunkel ausführen müssen, haben einige ihre Haltung gegenüber dem Dawesgutachten und den Londoner Beschlüssen nunmehr endgültig festgelegt. Sie haben alle lange geschwankt, sie sind alle in sich gespalten gewesen, um dieses in seinen letzten Wirkungen unübersehbaren monströsen Verichts willen, den Finanz- und Wirtschaftsfürher vieler Nationen als Zukunftsprogramm der europäischen Reinigung ausgearbeiteten, sie sind alle, wenn man ein häßliches und parteibemagogisches Wort an dieser Stelle gebrauchen darf, um es als unadäquat zu brandmarken, „umgefallen“; die Sozialdemokratie, indem sie auf der einen Seite die Durchführung des Gutachtens gebieterisch forderte, auf der anderen aber die freien Gewerkschaften dagegen vorstufte, die Demokraten, indem sie die restlose Erfüllung der im Gutachten liegenden Vorbedingungen für die Durchführung verlangten, um dann die Londoner Beschlüsse anzuerkennen, das Zentrum, die Bayerische Volkspartei und die Deutsche Volkspartei in ganz ähnlichem Sinne. Sie alle, die in diesem Falle und in diesem Zusammenhang nicht adäquat werden sollen, haben sich vom Standpunkte einer „anständigen Erkenntnis zu dem gewandelten einer endgültigen Auffassung durchgearbeitet.“

Nur eine der parlamentarisch in Betracht kommenden Parteien hat bis jetzt an ihrem ersten Urteil zum Gut-

### Bayerns Stellungnahme zu London.

München, 20. Aug. Im Einvernehmen mit dem bairischen Ministerpräsidenten Dr. Feld empfing heute mittag der Staatsrat Dr. Schmölke, der die deutsche Delegation als Vertreter Bayerns nach London beauftragt hatte, im Staatsministerium des Reiches die Vertreter der Münchner und auswärtigen Presse und gab ihnen eingehenden Aufschluß über die Einzelheiten der Londoner Verhandlungen. Er teilte dabei u. a. mit, daß die Verantwortlichkeit des Reichskanzlers Marx auf alle Teilnehmer an der Konferenz den denkbar besten Eindruck gemacht habe. Zusammenfassend äußerte er sich dahin, daß diejenigen, welche gerecht sein wollten, anerkennen müßten, daß nicht ganz Unwesentliches auf der Konferenz erreicht worden sei. Die Entscheidung, die jetzt Seimat und Parlament zu treffen hätten, könne nur die sein, das Londoner Abkommen zu ratifizieren. Morgen wird Staatsrat Schmölke im bairischen Ministerialrat Bericht über die Londoner Verhandlungen erstatten. Der Ministerialrat wird u. a. Stellung nehmen zu dem mit dem Dawes-Gutachten zusammenhängenden Befehlswürfen. (W. T. A.)

### Die voraussetzliche Haltung der Deutschnationalen.

Berlin, 20. Aug. In parlamentarischen Kreisen glaubt man noch immer fest daran, daß die Deutschnationalen es vermeiden werden, die Regierung zur Aufhebung des Reichstages zu veranlassen. Man glaubt, daß die Deutschnationalen nach folgendem

Abstimmungsplan im Reichstag vorgehen würden: Bei der Abstimmung über das zu erwartende Vertrauensvotum würden sie sich der Stimme enthalten. Das Gesetz über die Goldnotenbank würden sie ablehnen, ebenfalls wie den Gesetzentwurf über die Industrieobligationen, die beide, da sie nicht verfassungsändernd sind, keiner Zweidrittelmehrheit bedürften.

Dem verfassungsändernden Gesetzentwurf über die Stilllegung der Reichsbahn-Aktiengesellschaft würden sie dagegen zustimmen mit der Motivierung, daß ein Verbleib der vielmehr kritischen ausländischen Eisenbahner in Deutschland vermieden worden sei, daß also

achten und an der vollen Summe der an dieses Statut geknüpften Forderungen schächelten: die Deutschnationale Volkspartei. So Ehrlichkeit und Unvoreingenommenheit wohnen, da wird die Haltung dieser Partei nicht nur verständlich, sondern auch volle Anerkennung finden. Die Deutschnationalen sind seinerzeit an das Gutachten mit der Verantwortungsbewußten Frage herangetreten, ob dieses Werk die Zukunftslösung darstellt, die Deutschland für seine Erhaltung brauchen kann. Einer ihrer fähigsten Köpfe, der verbliebene Staatsminister Helfferich, hat diese Frage mit vollem Recht und mit unvordringlichen Gründen verneint. Das Gutachten ist nicht das Fundament, auf dem das neue Deutschland sich in ferneren Jahren erheben wird oder erheben kann. Es überschätzt Deutschlands Leistungsfähigkeit und begrenzt seine Kräfte nicht. Das sind, um zu rekapitulieren, seine Hauptfehler, an denen es früher oder später einmal scheitern wird und die keine Rindigkeit hinwegzuarbeiten in der Lage ist. Selbstverständlich müßte jede Politik, auch jede Abstimmung, die mit ihrer Haltung ein Werturteil über das Produkt der Sachverständigen zum Ausdruck bringen wollte, sich absolut ablehnend zeigen. Es ist aber eine Frage von kardinaler Bedeutung, ob es erforderlich ist, ob es nach Lage der Dinge überhaupt denkbar ist, in der bevorstehenden Reichstagsentscheidung eine allgemeine Stellungnahme zum Gutachten als Zukunftslösung deutscher und internationaler Wirtschafts- und Lebensprobleme zu erblicken, oder ob es sich dabei nicht vielmehr darum handelt, brennenden Gegenwartsproblemen den Weg zur Erfüllung zu öffnen.

Unter den Parteien, die am nachdrücklichsten die Unhaltbarkeit der deutschen Wirtschaftslage geschildert und klargestellt haben, genießt die Deutschnationale Volkspartei den Vorrang, an vorderster Stelle zu stehen. Sie hat die traurige Lage der deutschen Landwirtschaft ins Bewußtsein des Volkes gerufen, und weiß, daß trotz Schutzzöllen die Extensivierung der Bodenbearbeitung ohne ausreichende Kredite unauhaltbar ist. Und ähnlich verhält es sich mit der Not der bescheiden Gebiete. Auch hier hat die Deutschnationale Volkspartei sich als Vorkämpferin bewährt und hat mit Rat und Tat geholfen, wo sie nur immer konnte. Natürlich kann ihre Hilfe nicht ausreichen. Es ist heute so, daß weder die Ruhrbevölkerung die Drangsalierungen der Befragung werden noch lange aushalten können. Das haben auch die Deutschnationalen bis auf den Tag anerkannt und betont. Wenn nun die deutschnationale Reichstagsfraktion unter Zurückstellung ihrer Gesamtkritik am Gutachten und

auf diesem Gebiet ein gewisser Erfolg der deutschen Delegation vorliege und daß es als Fortschritt zu betrachten sei, daß die Regiebahnen wieder in den Gesamtbetrieb des Reichsbahnnetzes übergehen.

Inwieweit diese Angaben zutreffen, ist im Augenblick nicht festzustellen. Sicher ist nur, daß die am Donnerstag nachmittag stattfindende Fraktionsitzung der Deutschnationalen Volkspartei wohl die endgültige Entscheidung darüber treffen wird, wie die Fraktion bei einer Abstimmung sich verhalten wird.

### Die Ablehnung der Völkischen und Kommunisten.

(Nachmeldung unserer Berliner Schriftleitung)  
Berlin, 20. August. In einer Besprechung mit dem Reichskanzler Marx und dem Finanzminister Luther waren von völkischer Seite die Abg. Graf Reventlow und Fahrtenhoff erschienen. Nach den Ausführungen des Reichskanzlers gaben die Abgeordneten für ihre Partei die Erklärung ab, daß sie nach wie vor das Sachverständigengutachten ablehnen und nicht auf den Boden der Londoner Verhandlungen treten könnten.

Zu gestern abend hatte sich der Reichskanzler auch bereit erklärt, dem Vorstand der kommunistischen Reichstagsfraktion Mitteilung über das Ergebnis der Londoner Konferenz zu machen. Die Fraktion entsandte daraufhin die Abg. Franz Fischer und die Abg. Kay und Stoeker zu der Besprechung. Die kommunistischen Vertreter erklärten, daß sie dem Sachverständigengutachten gegenüber die schärfste Kampfstellung einnehmen, daß sie aber dennoch der Regierung eine Reihe von Fragen vorlegen möchten. Der Reichskanzler gab daraufhin einen kurzen allgemeinen Überblick über das Ergebnis der Londoner Verhandlungen. Die Kommunisten erklärten, daß sie die weitere Besprechung von den zwei folgenden Fragen abhängig machten:

1. ob die Regierung bereit sei, die von ihr in London angelegte Annahme der Separatisten auf alle politischen Gefangenen auszuheben,
2. ob die Regierung bereit sei, zur Erörterung des Ergebnisses der Londoner Konferenz die Pressefreiheit für die kommunistische Presse wiederherzustellen.

Da der Reichskanzler auf diese beiden Fragen hin Erklärungen abgab, die die fragsteller nicht befriedigten, brachen die kommunistischen Vertreter die Unterredung ab, und verließen das Haus unter Protesten gegen die Regierung.

unter ausdrücklicher Hervorhebung ihrer prinzipiellen Stellung zum Gutachten rein faktisch ihre Oppositionshaltung verläßt, dann öffnen sich Möglichkeiten, die unausschiebbare Lösung der genannten Gegenwartsprobleme zu beschleunigen und Gefahren zu beseitigen, die andernfalls in den nächsten Monaten über Teutschland hereinbrechen müssen.

Man weiß, daß ein solcher Entschluß ein Opfer der Deutschnationalen darstellen würde, wie es so schwer und so bis ins innerste Wesen des Parteiführers greifend noch nie von einer auf einen Pfaden sich bewachenden Partei gebracht worden ist. Völligginge Schmach würde im gegebenen Augenblick über sie herfallen und würde versuchen, ihr Anteil ihres Anhangs freizig zu machen. Aber was könnte das in Rücksicht auf den gegenwärtigen Zustand der praktischen Bedeutung deutschnationaler Selbstentfaltung? Tausende haben in diesen Tagen in Offenburg und Appenweier aufgematet, als die französischen Kolonnen diese Städte verließen, Tausende werden befreit aufleben, wenn nach Zustimmung des deutschen Reichstages ihre Heimat französischfrei wird, werden den deutschnationalen Entscheidungsschritt als eine mannhafteste Tat fürs Vaterland betrachten.

Was wollen denn die deutschnationalen Männer und Frauen alle aus tiefer Seele heraus? Sie opfern, sie hingeben für ihr Vaterland, damit dieses Vaterland stark und frei werde! Ist es nicht auch ein Opfer, würdig, genannt und gewürdigt zu werden, zu einem Zeitpunkt der Not durch Zurückstellung aller berechtigten Rücksichten auf die eigene Partei, dem Vaterland wenigstens das Morgen und das Heute gerettet zu haben, wo die Rettung der gesamten Zukunft nun einmal und auf einen Schlag noch nicht möglich war? Als unsere Väter und Brüder im Felde bluteten und starben, da wußten sie nicht, ob sie mit diesem letzten Opfer das Morgenrot deutscher Größe heraufzuführen würden, sie wußten nur, daß einzig durch ihre Tat das begonnene Werk freigelegt zu Ende geführt werden konnte. Wenn die Deutschnationalen heute durch das Opfer ihrer Zustimmung zu den Gutachtengebenden die Ratifizierung der Londoner Beschlüsse ermöglichen, dann wissen sie zwar ebensowenig wie andere, ja ebensowenig wie Menschen das überhaupt wissen können, ob am Ende der Auswirkung dieses Verichts auf die praktische Seite ihrer Erkenntnis Deutschlands Größe die Ruhrbevölkerung Untergrund steht. Aber sie wissen, wie jene Gefallenen, daß einzig durch diese Opfertat das in Gana befindliche Werk zu einem Erfolg, wenn auch nur zu einem Augenblickserfolg, gebracht werden kann.